

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Katherina Reiche, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 31 / 2015 (12. August 2015)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Mit Praktikum leichter in den Job
3. Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie noch nie
4. Zuwanderung bleibt größte Herausforderung
5. Bundesregierung lädt am 29. und 30. August ein
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Medien haben bereits darüber berichtet. Aufgrund eines Angriffs auf das Datennetz des Deutschen Bundestages in den vergangenen Monaten wird das System neu aufgesetzt und steht in den nächsten Tagen nur eingeschränkt zur Verfügung. Aus diesem Grund erhalten Sie den Wochenbrief bereits heute.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Mit Praktikum leichter in den Job

Die Bundesregierung will Asylsuchende und Geduldete unterstützen, sich schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Praktika können dabei helfen. Bisher musste die Bundesagentur für Arbeit bei Asylbewerbern oder Geduldeten einem Praktikum zustimmen. Voraussetzung war, dass für das konkrete Praktikum kein deutscher Praktikant oder EU-Bürger in Frage kommt.

Asylbewerber und Geduldete können künftig leichter ein Praktikum machen. Denn die Bundesagentur für Arbeit muss dem nicht mehr zustimmen. Mit einer entsprechenden Änderung der Beschäftigungsordnung hat sich das Bundeskabinett befasst. Das wird sich künftig ändern. Für bestimmte Praktika ist keine Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit mehr nötig.

Damit wird eine Vereinbarung der Bund-Länder Gespräche zur Asyl- und Flüchtlingspolitik umgesetzt. Die Arbeitsgruppe "Sprachkurse, Bildung und Berufsvorbereitung" hatte sich im Juni darauf verständigt, jungen Asylbewerbern und Geduldeten mit guter Bleibeperspektive den Zugang zu Praktika zu erleichtern.

Die neue Regelung gilt für

- Pflichtpraktika,
- Orientierungspraktika
- ausbildungs-oder studienbegleitende Praktika bis zu drei Monaten
- die Teilnahme an einer Einstiegsqualifizierung oder Berufsausbildungsvorbereitung.

Für diese Praktika muss nach dem Mindestlohngesetz kein Mindestlohn gezahlt werden - egal ob für inländische oder ausländische Praktikantinnen und Praktikanten.

Schon jetzt muss die Bundesagentur für Arbeit nicht zustimmen, wenn Asylsuchende oder Geduldete eine betriebliche Berufsausbildung beginnen. Anders verhält es sich bei der Arbeitsaufnahme.

Wer drei Monate im Land ist, hat Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Bundesagentur für Arbeit aber muss in der Regel zustimmen, wenn jemand eine Arbeit aufnimmt. Voraussetzung: Für die konkrete Stelle gibt es keinen deutschen Arbeitnehmer, EU-Bürger oder Ausländer, der hinsichtlich der Arbeitsaufnahme EU-Bürgern gleichgestellt ist.

3. Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie noch nie

Im Jahr 2014 hatten rund 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis des Mikrozensus 2014 weiter mitteilt, entsprach dies einem Anteil von 20,3 % an der Gesamtbevölkerung und einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 3,0 %. Die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund hatte einen deutschen Pass (56,0 %). Selbst in der Gruppe der Zugewanderten lag der Anteil bei 46,1 %. Gegenüber 2011 ist die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund um gut 1,5 Millionen Menschen angestiegen (+ 10,3 %). Dies ist vor allem auf die wachsende Zahl der Zuwanderer zurückzuführen: 10,9 Millionen Zuwanderer lebten 2014 in Deutschland. Das sind 1 Million oder 10,6 % mehr als im Jahr 2011 und gleichzeitig der höchste Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2005. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ging dagegen seit 2011 um 885 000 zurück (– 1,4 %).

Seit 2011 ist die Zahl der Zuwanderer von Jahr zu Jahr angestiegen. Besonders deutlich war der Zuwachs bei Zuwanderern aus der Europäischen Union mit 620 000 Personen (+ 18,3 %). Hierbei spielten vor allem Migranten und Migrantinnen aus Polen (+ 179 000 oder + 16,7 %), Rumänien (+ 109 000 oder + 28,7 %), Italien (+ 55 000 oder + 14,6 %), Bulgarien (+ 53 000 oder + 79,4 %) und Ungarn (+ 53 000 oder 51,9 %) eine große Rolle. Auch die Zahl der Zuwanderer mit Wurzeln im außereuropäischen Ausland hat zum Teil beträchtlich zugenommen. Das betraf seit 2011 vor allem die Migranten und Migrantinnen aus China (+ 38 000 oder + 54,1 %), Syrien (+ 35 000 oder + 96,8 %) und Indien (+ 28 000 oder + 60,6 %).

Der Bildungsstand der zugezogenen Bevölkerung hat sich in der langen Zuwanderungshistorie Deutschlands deutlich verändert, wie der Vergleich der Personen im Alter von 25 bis 35 Jahren zeigt. Im Jahr 2014 hatten 18,1 % der bis 1990 Zugezogenen einen Hochschulabschluss, aber 43,7 % der seit 2011 Zugezogenen. Zum Vergleich: 24,1 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund konnten 2014 einen Hochschulabschluss vorweisen. Allerdings hatten auch 27,8 % der seit 2011 Zugewanderten keinen Berufsabschluss, deutlich mehr als Personen ohne Migrationshintergrund (9,1 %). Bei der Schulbildung zeigt sich ein ähnliches Bild: 61,7 % der seit 2011 eingereisten Migrantinnen und Migranten im Alter von 25 bis 35 Jahren hatten eine Hochschulzugangsberechtigung, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es nur 47,1 %. Demgegenüber besaßen 8,0 % der Migrantinnen und Migranten keinen Schulabschluss, während es bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur 1,9 % waren.

Der Mikrozensus liefert für 2014 zusätzliche Informationen über die Migrationsmotive (Hauptgrund für die Zuwanderung) und über die Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse. Es wurden die seit 1960 Zugewanderten im Alter von 15 bis 64 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind jedoch weniger stark belastbar, weil die beiden Merkmale mit einem kleineren Stichprobenumfang (0,1 %) erhoben wurden und die Beantwortung auf freiwilliger Basis erfolgte.

Die Familienzusammenführung war für die seit 1960 Zugewanderten der wichtigste Grund für die Zuwanderung (37,0 %). Der zweitwichtigste Grund war die Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland (17,9 %). 21,2 % der Zuwanderer machten keine Angaben zu ihrem Zuwanderungsgrund. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 haben sich die Zuwanderungsmotive deutlich verschoben. Für seit 2008 Zugewanderte war eine Beschäftigung in Deutschland der wichtigste Grund für die Zuwanderung (28,1 %); von diesen hatte die Mehrheit (56,9 %) bei der Einreise einen Job in Deutschland. Bei Personen, die zwischen 2000 und 2007 zugezogen sind, war eine Beschäftigung noch deutlich seltener der Hauptgrund (16,5 %).

Fast die Hälfte der seit 1960 Zugewanderten schätzten ihre Deutschkenntnisse als fließend (35,8 %) oder sogar muttersprachlich ein (11,4 %). Dabei schätzten sich Zuwanderer erwartungsgemäß deutlicher besser ein, je länger sie in Deutschland lebten. 19,4 % machten keine Angaben zu ihren Sprachkompetenzen.

Bevölkerung 2014 nach Migrationsstatus

Migrationsstatus	2014		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung		
	in 1 000	in %	in 1 000	in %

Quelle: Mikrozensus 2014.

Bevölkerung insgesamt	80 897	100,0	286	0,4
ohne Migrationshintergrund	64 511	79,7	– 187	– 0,3
mit Migrationshintergrund	16 386	20,3	473	3,0
Zugewanderte	10 877	13,4	387	3,7
davon:				
Ausländer	5 866	7,3	377	6,9
Deutsche	5 011	6,2	10	0,2
in Deutschland Geborene	5 510	6,8	87	1,6
davon:				
Ausländer	1 345	1,7	7	0,5
Deutsche	4 165	5,1	80	2,0

4. Zuwanderung bleibt größte Herausforderung

Die Europäische Union kann Vertrauen zurückgewinnen. 41 Prozent aller Befragten haben ein positives Bild von der EU, in Deutschland sogar 45 Prozent. Auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung herrscht Zuversicht. Die Zuwanderung bereitet EU-weit die größten Sorgen.

Die Europäische Union steht hoch im Kurs, ihr Image hat sich verbessert. 40 Prozent vertrauen der EU. 42 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU etwas zählt. Nach dem Juli-Eurobarometer haben 41 Prozent der EU-Bürger ein positives Bild von der EU- 2 Prozent mehr als im November.

Die EU-Bürger sorgen sich am meisten um die Zuwanderung nach Europa. 73 Prozent der Europäerinnen und Europäer wünschen sich im Bereich Migration eine gemeinsame europäische Politik. Mit 38 Prozent (+ 14 Prozentpunkte) rangiert dieses Thema weit vor der wirtschaftlichen Lage, der Arbeitslosigkeit, den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten sowie dem Terrorismus. Für eine Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsamer Währung sind 57 Prozent der Befragten EU-weit und 69 Prozent im Euroraum. 69 Prozent der Griechen sprechen sich für den Euro aus, das sind im Vergleich zum November 2014 sechs Prozent mehr.

Große Zustimmung in Deutschland

Auch für die Deutschen ist die Einwanderung gegenwärtig das wichtigste Thema und rangiert auf Platz 1 auf der europäischen Agenda. 46 Prozent sehen die Einwanderung auch als wichtigstes

innenpolitisches Problem. An zweiter Stelle in Europa stehen für 34 Prozent aller befragten Bundesbürger die Finanzprobleme in den Mitgliedstaaten, auf nationaler Ebene ist es das Bildungssystem (21 Prozent).

Für das Eurobarometer wurden 31.868 Bürgerinnen und Bürger in 34 Ländern befragt. Dazu gehören die EU-Mitgliedstaaten und die Beitrittskandidaten. Die Umfrage fand zwischen dem 16. und 27. Mai statt.

5. Bundesregierung lädt am 29. und 30. August ein

Der Tag der offenen Tür der Bundesregierung in Berlin steht in diesem Jahr im Zeichen des Jubiläums "25 Jahre Deutsche Einheit". Aber auch zu allen aktuellen Themenschwerpunkten gibt es vielfältige Informations- und Unterhaltungsangebote.

Am 29. und 30. August 2015 ist es wieder so weit: das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt laden Sie ein, sich vor Ort ein Bild zu machen, wo, wie und woran die Bundesregierung arbeitet.

Schauen Sie hinter die Kulissen. Informieren Sie sich über unsere Schwerpunktthemen wie die Energiewende, die Digitale Agenda oder die Neue Hightech-Strategie. Erfahren Sie mehr über Verbraucherschutz oder den Bürgerdialog "Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist".

Zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit erinnern wir an die bewegenden Ereignisse vom Mauerfall, über den Weg zur Deutschen Einheit bis hin zu dem historischen Augenblick, in dem unser geteiltes Land wieder eins wurde – mit Zeitzeugengesprächen, Filmbeiträgen und einer Multimediaausstellung. Was haben wir in dem vergangenen Vierteljahrhundert erreicht – und wo sollte Deutschland am 50. Jahrestag stehen? Darüber möchte die Bundesregierung an zahlreichen Veranstaltungsorten mit den Bürgern ins Gespräch kommen. Ein besonderes Highlight: Die multimediale "Deutschlandreise" macht am Wochenende Station im Bundeskanzleramt.

Seit dem Regierungsumzug ist der Tag der offenen Tür der Bundesregierung ein Publikumsmagnet in Berlin. Für alljährlich weit über hunderttausend Besucherinnen und Besucher ist die Veranstaltung auch bundesweit längst kein Geheimtipp mehr für einen inhaltsreichen Besuch in der Hauptstadt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die vierzehn Bundesministerien freuen sich darauf, wieder viele Bürgerinnen und Bürger am 29. und 30. August 2015 in Berlin begrüßen zu dürfen.

Auch beim 17. Tag der offenen Tür der Bundesregierung können kleine und große "Staatsgäste" ein vielseitiges Informations- und Unterhaltungsprogramm erleben und einen Blick hinter die Kulissen der Regierungspolitik werfen.

Genießen Sie den Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2015, besuchen Sie das Bundeskanzleramt oder schauen Sie in ein Ministerbüro! Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichten Ihnen gerne über ihren Arbeitsalltag; und mit etwas Glück können Sie Ihre Fragen sogar direkt an ein Regierungsmitglied richten.

Ein kostenloser Shuttleservice ermöglicht den Besuch aller beteiligten Ministerien.

6. Kurz notiert

6.1. Asyl: 40 % der Anträge im 1. Halbjahr 2015 aus Kosovo, Albanien und Serbien

Im 1. Halbjahr 2015 stellten in Deutschland insgesamt rund 172 000 Personen einen Antrag auf Asyl (Erst- und Folgeanträge). Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt (1. Hj.2014: 77 900). Deutschland lag im 1. Halbjahr 2015 im EU-Vergleich an erster Stelle, gefolgt von Ungarn (50 200, Daten bis Mai) und Schweden (29 000). In Relation zur Gesamtbevölkerung verzeichnete Ungarn vor Schweden und Deutschland die meisten Asylanträge. Viele der Personen, die in Deutschland Asyl beantragten, kamen aus Kriegs- und Konfliktgebieten wie Syrien (31 500), dem Irak (8 200) oder Afghanistan (7 500). Daneben stammt fast die Hälfte aus Staaten des Balkans, die meisten aus dem Kosovo (31 200), Albanien (22 100) sowie Serbien (15 500).

Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2014 hat die Zahl der Antragstellerinnen und -steller aus diesen Staaten stark zugenommen: Aus dem Kosovo waren es mehr als zehnmal so viele (1. Hj. 2014: 2 400), aus Albanien rund sechsmal so viele (1. Hj. 2014: 3 900). Die Zahl der Antragstellerinnen und -steller aus Serbien war bereits im Vorjahr relativ hoch. Hier fiel der Anstieg geringer aus (1. Hj. 2014: 9 400).

6.2. März 2015: 512 000 Personen beziehen Grundsicherung im Alter

Im März 2015 bezogen in Deutschland rund 512 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, waren unter diesen Leistungsbeziehern mit 61 % mehr Frauen als Männer (39 %).

Im März 2015 erhielten im früheren Bundesgebiet 31 von 1 000 Einwohnern im Rentenalter ab 65 Jahre und 3 Monate Leistungen der Grundsicherung; in den neuen Ländern einschließlich Berlin waren es 19 von 1 000 Einwohnern. Spitzenreiter unter den Bundesländern war der Stadtstaat Hamburg (69 je 1 000 Einwohner). Die Bevölkerung in Thüringen (10 je 1 000 Einwohner) und Sachsen (11 je 1 000 Einwohner) nahm diese Leistungen am seltensten in Anspruch.

Auf Grundsicherung sind im Rentenalter insbesondere Frauen im früheren Bundesgebiet angewiesen: Im März 2015 bezogen im früheren Bundesgebiet 34 von 1 000 Frauen und 28 von 1 000 Männern dieses Alters Leistungen der Grundsicherung. In den neuen Ländern einschließlich Berlin waren es jeweils 19 von 1 000 Frauen beziehungsweise 1 000 Männern.

Neben den rund 512 000 Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Rentenalter gab es im März 2015 deutschlandweit rund 483 000 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung. Diese waren mindestens 18 Jahre alt, hatten das Rentenalter von 65 Jahren und 3 Monaten allerdings noch nicht erreicht. Damit bezogen im März 2015 rund 995 000 volljährige Menschen in Deutschland Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII.

6.3. Bundesbauministerium unterstützt Bau von Studentenwohnungen

Das Bundesbauministerium unterstützt den Bau zusätzlicher Studierendenwohnungen mit mehr als 120 Millionen Euro. Die Mittel stammen aus dem Investitionspaket der Bundesregierung und sollen in nachhaltige Wohnprojekte für Studierende fließen. Der Bund unterstützt damit in dieser wichtigen Frage zusätzlich die Bundesländer, in deren Verantwortung die soziale Wohnraumförderung liegt.

Geschaffen werden sollen flexible Wohnmodule, die sich leicht zu Gebäuden errichten lassen. Ein Modul besteht aus einem Hauptraum mit mindestens 14 Quadratmetern, zusätzlich gibt es ein Bad, eine Küchenzeile, einen Flur. Die Warmmiete darf 260 Euro nicht übersteigen. Diese Wohneinheiten sollen sich dann auch zu größeren Wohnungen zusammensetzen lassen, zum Beispiel für Wohngemeinschaften. In den Gebäuden selbst soll es außerdem Gemeinschaftsräume geben. Die Förderrichtlinie sieht vor, dass die Miethöhe für mehrere Jahre konstant bleibt. Mit diesen Vorgaben sollen nachhaltige, innovative Wohnbauprojekte für Studierende und Auszubildende gefördert werden. Geplant ist außerdem die Umsetzung mit einer Forschung zu begleiten, um Erkenntnisse für ähnliche Vorhaben in der Zukunft zu gewinnen.

Trotz stark steigender Studierendenzahlen in den letzten Jahren scheuen sich viele Investoren, in studentischen Wohnraum zu investieren. Mit den Mitteln sollen nun Modellvorhaben für nachhaltiges Wohnen für Studierende und Auszubildende unterstützt werden, die zu einem späteren Zeitpunkt etwa in altersgerechte Wohnungen umgewidmet werden können. Bei einer geeigneten Nachnutzungsmöglichkeit der Immobilien würden durchaus mehr Investitionen getätigt. Gefördert werden könnte der Mehraufwand, der insbesondere durch die barrierefreie und altersgerechte Gestaltung der Wohnheime entsteht.

Sobald das Programm ausformuliert und die dazu gehörige Förderrichtlinie veröffentlicht ist – voraussichtlich im Herbst – können Bauträger ihre Anträge direkt beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) stellen.

6.4. Zahlreiche Gebote in zweiter Ausschreibungsrunde für PV-Freiflächenanlagen

Die zweite Ausschreibungsrunde für PV-Freiflächenanlagen endete am 3. August 2015. Es gingen insgesamt 136 Gebote ein. Das Ausschreibungsvolumen von 150 MW wurde dabei mehr als dreifach überzeichnet.

Während in der ersten Ausschreibungsrunde die Preise noch im sogenannten Gebotspreisverfahren ("pay-as-bid") ermittelt wurden, also jeder erfolgreiche Bieter einen Zuschlag zu dem von ihm angebotenen Wert bekommen hat, gilt nun das Einheitspreisverfahren ("uniform pricing"). Hierbei bestimmt der Gebotswert des letzten bezuschlagten Gebots den Zuschlagswert aller anderen erfolgreichen Gebote. Dieser Preismechanismus, der auch an der Strombörse zu Anwendung kommt, wird in dieser und in der nächsten Ausschreibungsrunde erprobt. Die Ergebnisse können zur Entwicklung des Ausschreibungsdesigns anderer Technologien verwendet werden. Erst nach der Entscheidung, ob ein Nachrückverfahren durchgeführt wird, wird der Einheitspreis bekannt gegeben.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent